
Osteuropa unter dem Stalinismus

Rezension von: Anne Applebaum,
 Der Eiserner Vorhang. Die Unterdrückung
 Osteuropas 1944-1956, Siedler, Mün-
 chen 2013, 637 Seiten, gebunden,
 € 29,99; ISBN 978-3-827-50030-4.

International bekannt wurde die amerikanische Historikerin und Publizistin Anne Applebaum durch ihre Bücher „Between East and West“ (1995) und vor allem „Gulag: A History of the Soviet Camps“ (2003; dt. „Der Gulag“), für das sie den Pulitzer-Preis erhielt. Sie lehrt in London, lebt in Warschau und ist mit dem polnischen Außenminister und Autor Radek Sikorski verheiratet.

In ihrem neuen Buch, dessen amerikanisches Original 2012 unter dem Titel „Iron Curtain. The Crushing of Eastern Europe 1944-1956“ erschien, beschäftigt sich Applebaum erneut mit der Geschichte Osteuropas im 20. Jahrhundert, dem „Zeitalter der Extreme“. Sie zeigt eindringlich, auf welche Weise einheimische und sowjetische Kommunisten unter dem Schutz der Roten Armee ab 1944 die Macht in den Ländern Osteuropas übernahmen, mit welchen Mitteln sie dort totalitäre Diktaturen errichteten und wie in der Folge nach sowjetischem Vorbild Planwirtschaften eingerichtet wurden. Die Autorin beschreibt und analysiert, was die Unterdrückung jeglicher Opposition und der unabhängigen Zivilgesellschaft, der Versuch der Kommunisten, die totale Kontrolle zu erringen, für die Menschen bedeutete, und dies in der politischen, der wirtschaftlichen, der kulturellen und der gesellschaftlichen Sphäre, insbesondere auch im Alltags-

leben. Sie führt vor Augen, wie die Mehrheit der Osteuropäer unter dem allumfassenden Druck des Staates und der Partei zu widerwilligen Kollaborateuren wurde, um ein einigermaßen normales Leben führen zu können, zeigt die Formen des aktiven und passiven Widerstands und schließt mit der Geschichte der großen Aufstände nach Stalins Tod: in der DDR im Juni 1953, in Polen im Frühjahr 1956 und in Ungarn im Herbst 1956. Appelbaums gesamte Darstellung konzentriert sich auf diese drei Länder, verliert aber die Entwicklungen in den anderen osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion nie aus den Augen, behält also einen komparativen Ansatz konsequent bei.

Die Verfasserin teilt ihren Beobachtungszeitraum in drei Phasen: In der ersten Phase von 1944 bis 1947/8, jener der Machtergreifung, waren Stalin und die Kommunisten vor Ort im Rahmen der Parteilinie der „Nationalen Front“ noch zu taktischen Kompromissen bereit, hatten sie doch entsprechend ihrer Ideologie die Überzeugung, bei freien Wahlen die Mehrheit zu erhalten. Wahlniederlagen, abnehmender politischer Einfluss und der Konflikt mit Jugoslawien bildeten die Auslöser für einen Kurswechsel. In der zweiten Phase von 1947/8 bis 1953, jener des „Hochstalinismus“, wendeten die Kommunisten entschlossen jene Mittel an, die erforderlich schienen, um ihre Macht zu sichern: verschärften Terror durch Verhaftungswellen u. a., Gleichschaltung bzw. Verbot anderer Parteien, Beseitigung der Reste unabhängiger Zivilgesellschaft, Kirchenkampf, Wahlmanipulationen und -fälschungen. Erst nach der institutionellen Verankerung und politischen Machtsicherung erfolgte die Umstel-

lung der Wirtschaftsordnung. Die dritte Phase nach Stalins Tod (März 1953) schließlich wurde geprägt von den Aufständen gegen die kommunistischen Regime, der blutigen Niederschlagung, den parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Altstalinisten, der Einleitung neuer Politiken.

Machtergreifung 1944-47/8

Der Kriegsverlauf nach dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetunion gab Stalin die Möglichkeit, den osteuropäischen Ländern seine Vision von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft aufzuzwingen. Die Ergebnisse der Konferenzen von Moskau (Oktober 1944) und Jalta (Februar 1945) waren letztlich nur eine Konsequenz der realen Machtverhältnisse in Osteuropa, nämlich der Präsenz der siegreichen Roten Armee.

Die Maßnahmen, welche sowjetische und einheimische Kommunisten nach dem Einmarsch der Roten Armee setzten, waren zwar von Land zu Land durchaus unterschiedlich. Allen osteuropäischen Ländern gemeinsam war in der ersten Phase allerdings der Import bestimmter, strategisch entscheidender Schlüsselemente des Sowjetsystems:

Erstens baute der NKWD gemeinsam mit einheimischen Kommunisten sofort eine Geheimpolizei nach eigenem Vorbild auf. Die Kommunisten übernahmen die Kontrolle über das Innenministerium, in einigen Fällen auch über das Verteidigungsressort.

Zweitens unterstellten die Sowjets die nationalen Rundfunksender, die effektivsten Massenmedien jener Zeit, den einheimischen Kommunisten.

Drittens wurden Organisationen der

unabhängigen Zivilgesellschaft – Vereine, kirchliche Verbände, Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Zeitungen – verfolgt, unterdrückt, verboten oder gleichgeschaltet.

Viertens wurde jede der nationalen kommunistischen Parteien nach dem Vorbild der KPdSU streng hierarchisch aufgebaut: oben das Politbüro, darunter das größere Zentralkomitee, schließlich der Parteikongress. Diese Organisationsstrukturen der Partei bestanden jeweils parallel, aber formal unabhängig zu den institutionellen Strukturen des Staates, waren aber *de facto* durch unzählige Personalunionen miteinander verschränkt. Die wichtigen Entscheidungen fielen im Politbüro, wobei diese oft nur das vollzogen, was Moskau, genauer gesagt, was das Politbüro der KPdSU, was Stalin vorgab.

Fünftens inhaftierten, deportierten oder ermordeten Sowjetbehörden und ihre einheimischen Verbündeten in sehr großer Zahl Menschen, die als antisowjetisch galten, und setzten gewaltsam ethnische Säuberungen riesigen Umfangs durch.

Gleichzeitig blieben – von Staat zu Staat durchaus verschieden – einige Elemente des Kapitalismus und sogar des Liberalismus noch unangetastet: private Landwirtschaft, privater Handel, private Gewerbe- und Industrieunternehmen, manche unabhängige Zeitungen und Vereine. In einigen Ländern durften – gemäß der Linie der „Nationalen Front“ – auch nichtkommunistische Parteien aktiv bleiben und konnten bei einigermaßen freien Wahlen antreten. „Benutzt keine kommunistischen Parolen, redet nicht von der Diktatur des Proletariats, redet von Koalitionen, Bündnissen und Demokratie“ (S. 126), wurde den Funktionären eingeedrillt.

Hochstalinismus

Spätestens 1947/8 war jedoch klar, dass die Sicherung der Macht der kommunistischen Parteien auf dem Wege freier demokratischer Wahlen nicht erreicht werden konnte.

Polen: Nach der Festnahme und Deportation der Führer der „Heimatarmee“, die während der deutschen Okkupation bewaffneten Widerstand geleistet hatte, beobachteten die Westmächte Stalins Politik sehr genau. Vermutlich aus diesem Grund gestattete Stalin Stanisław Mikołajczyk, Chef der „Polnischen Bauernpartei“ (PSL), einer Partei mit ländlicher Basis, weitgehend sozialdemokratischem Programm und breiter Zustimmung, die Rückkehr, und im Juni 1945 wurde eine provisorische Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss der PSL errichtet. Die PSL entwickelte sich rasch zum Sammelbecken aller Antikommunisten, von den Sozialisten bis zu den Nationalisten. Ständig unter Druck von Seiten des prosovjetschen Blocks, kämpfte die PSL um das Recht, offene Oppositionspolitik zu betreiben. Da die „Polnische Arbeiterpartei“ (PPR) ständig an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, setzten die Kommunisten die für Herbst 1945 vorgesehenen Parlamentswahlen ab und testeten stattdessen im Frühjahr 1946 die Lage mit einem Volksentscheid, der vom Inhalt der Fragen her eigentlich nicht zu verlieren war. Die Abstimmung, die zur Kraftprobe zwischen PPR und PSL wurde, endete mit einem Debakel der Kommunisten: Bei sehr hoher Wahlbeteiligung stimmten drei Viertel der WählerInnen entsprechend der Empfehlung der PSL. Die Behörden veröffentlichten jedoch gefälschte Zahlen, die das Wahlergebnis auf den Kopf

stellten. Die Kommunisten wussten dann, dass sie bei freien Wahlen keine Chance auf einen Sieg hatten.

Wahlkampf und Stimmgabe der Parlamentswahlen im Jänner 1947 waren denn auch durch Einschüchterung und Terror gekennzeichnet. Doch auf das Verhältnis der abgegebenen Stimmen kam es gar nicht an, das Ergebnis wurde gefälscht. Im Oktober 1947 entzog sich Mikołajczyk der bevorstehenden Verhaftung und floh ins Exil. Die folgende Ausschaltung aller oppositionellen Kräfte war im Dezember 1948 abgeschlossen. Alle Macht innerhalb Polens lag von da an bei der kommunistischen „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ (PZPR), denn die Partei kontrollierte den Staat – die wahren Machthaber freilich saßen in Moskau. Die einzige nationale Institution, die ein gewisses Maß an Autonomie behalten konnte, war die katholische Kirche.

In der Tschechoslowakei währte die demokratische Phase bis Anfang 1948. Bei den Parlamentswahlen 1946 wurden die Kommunisten mit 38% der Stimmen stärkste Partei. Als jedoch klar wurde, dass sie 1948 sehr viel schlechter abschneiden würden, inszenierten sie im Februar desselben Jahres einen Staatsstreich.

In Ungarn währte das demokratische Zwischenspiel bis 1947. Anfang Dezember 1944 gründeten bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Schutz sowjetischer Truppen in Szeged die „Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront“. Mitglieder einer überwiegend von diesen Parteien ernannten Provisorischen Nationalversammlung bildeten Ende des Jahres eine Provisorische Regierung.

Zur stärksten politischen Kraft neben den Kommunisten, welche die Unter-

stützung der Besitzer besaßen, entwickelte sich die Partei der Kleinen Landwirte. Sie stand für Privateigentum, Bodenreform sowie eine bürgerlich-bäuerliche Demokratie und fand Unterstützung bei der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung, beim Bürgertum und beim Klerus.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 4.11.1945, die unter weitgehend fairen Bedingungen für alle abliefen, fanden die WählerInnen somit klare Alternativen vor. Zur Überraschung der siegessicheren Kommunisten erhielt die Partei der Kleinen Landwirte die absolute Mehrheit (57%). Dies stellte eine eindeutige Richtungsentscheidung von über 90% der Wahlberechtigten für parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft, Privateigentum und selektive Verstaatlichungen dar. Nach der Ausrufung der Republik am 1.2.1946 wurde Zoltán Tildy zum Präsidenten gewählt und Ferenc Nagy (beide von der Kleinlandwirtepartei) zum Ministerpräsidenten ernannt. Auch in dieser Koalitionsregierung behielten die Kommunisten aber das Innenressort (Minister László Rajk)!

In der Folge verschärften die Kommunisten die innenpolitische Konfrontation. Die Nationale Unabhängigkeitsfront zerbrach, Kommunisten, linke Sozialdemokraten und andere gründeten im März 1946 den Linksblock. Die anhaltende Besetzung des Landes durch die Rote Armee erwies sich als entscheidend für die weitere Entwicklung.

Schrittweise drängten die Kommunisten die freiheitlich-demokratische Ordnung zurück („Salami-Taktik“ des Vizepremiers Mátyás Rákosi), wobei der Politischen Polizei VO unter der Leitung des berühmten Gábor Péter bei der Einschüchterung und Aus-

schaltung politischer Gegner eine Schlüsselrolle zukam. Durch Erpressung wurde Ministerpräsident Ferenc Nagy am 30.5.1947 zum Rücktritt veranlasst. Damit war die Kleinlandwirtepartei *de facto* als politische Kraft ausgeschaltet.

Der neue Ministerpräsident Dinnyés vom linken Flügel der Kleinlandwirtepartei war ein gefügiger Handlanger der KP. Die Koalitionsregierung übernahm das Programm des Linksblocks. Die stark beeinflussten und manipulierten Neuwahlen am 31.8.1947 erbrachten einen Sieg des Linksblocks, die KP wurde (mit allerdings nur 22%!) stärkste Parlamentspartei. Die danach gebildete Volksfrontregierung machte sich das Programm der KP zueigen. Danach (1947/48) wurde der Übergang zur zentralen Planwirtschaft und zum politischen System stalinistischer Prägung vollzogen.

Rumänien: Im März 1945 wurde König Mihai durch die Sowjets gezwungen, den zum Volksfrontbündnis „National-Demokratische Front“ gehörenden Petru Groza zum Ministerpräsidenten zu ernennen, der einer kommunistisch kontrollierten Koalitionsregierung vorstand. Im November 1946 fanden Parlamentswahlen statt, die sogar alles, was in Rumänien bisher (in der Zwischenkriegszeit) an Wahlbeeinflussung üblich gewesen war, in den Schatten stellten. Die KP mit ihren Verbündeten erhielt so 378 von 414 Sitzen in der Nationalversammlung. 1947 nahmen die Kommunisten die Ausschaltung von tatsächlichen oder potenziellen Regimegegnern verstärkt in Angriff. Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien, die lange Tradition hatten, nämlich die „Nationale Bauernpartei“ und die „Nationalliberale Partei“, wurden im August 1947 verboten, ge-

gen ihre Führer Schauprozesse veranstaltet. Iuliu Maniu, der Chef der Bauernpartei, verstarb im Gefängnis; ein Jahr später widerfuhr dem Vorsitzenden der Nationalliberalen, Constantin Brătianu, dasselbe Schicksal. Im Herbst 1947 wurden die Sozialdemokraten zwangsweise mit der KP zur „Rumänischen Arbeiterpartei“ verschmolzen. Dann stand nur noch das Königtum der vollständigen Machtausübung im Wege: Ende 1947 zwang KP-Chef Gheorghiu-Dej König Mihai zur Abdankung und ins Exil.

Bulgarien: Nikola Petkov, Chef der oppositionellen „Agrarischen Volksunion“ (BZNS), wurde im Sommer 1947 festgenommen, angeklagt und hingerichtet.

Stalin veranlasste also spätestens 1947/8 einen politischen Kurswechsel in den osteuropäischen Ländern. Dieser war nicht nur eine Reaktion auf den Kalten Krieg und den Bruch mit Jugoslawien (Juni 1948), sondern vor allem eine Folge der Wahlniederlagen und des abnehmenden politischen Einflusses der nationalen kommunistischen Parteien. Diese waren nicht imstande gewesen, durch Wahlen oder durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik Legitimität zu gewinnen, auch nicht in Ländern wie der Tschechoslowakei oder Bulgarien, wo sie anfangs großen Rückhalt gehabt hatten. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten besaßen noch keine absolute oder auch nur hinreichende Macht über die osteuropäischen Gesellschaften, trotz ihrer Kontrolle über Geheimpolizei, Innenministerium, Militär und Radio, ihrer Steuerung der Jugendorganisationen und des Bildungswesens, der umfassenden und allgegenwärtigen Propaganda, des Terrors, der in der Ausschaltung und Eliminierung vieler politischer

Gegner und den ethnischen Säuberungen gegipfelt hatte. Weitere radikale Methoden schienen erforderlich, um die Macht dauerhaft zu sichern. Von etwa 1947/8 bis zu Stalins Tod „kopierten die Staaten Osteuropas direkt die sowjetische Innen- und Außenpolitik in der Hoffnung, ihre Gegner ein für alle Mal auszuschalten, höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen und eine neue Generation zuverlässiger Anhänger durch Propaganda und staatliche Erziehung heranzuziehen“ (S. 298).

Im zweiten Teil ihres Buches beschreibt Applebaum die radikalen, zuvor schon in der Sowjetunion erprobten Maßnahmen, welche die Phase des Hochstalinismus charakterisierten:

- Der Terror gegen tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle wurde, falls das überhaupt noch möglich war, intensiviert. Neue Verhaftungswellen füllten die Internierungs- und Arbeitslager.
- Jegliche effektive politische Opposition wurde ausgeschaltet. Zunächst erfolgte die Eliminierung nationalistischer, christlichsozialer und liberaler Parteien, dann wurden Sozialisten und Sozialdemokraten zur Vereinigung mit der KP gezwungen. Schließlich wurden nationalkommunistische Abweichler und kritische Stimmen in der KP selbst zum Schweigen gebracht (KP-Generalsekretär Gomulka in Polen, KP-Generalsekretär Slánský in der Tschechoslowakei, Innenminister Rajk in Ungarn, Außenministerin Pauker in Rumänien). In einigen Ländern war das Ausbrechen Jugoslawiens aus der sowjetischen Machtsphäre Auslöser innerparteilicher Säuberungen. „Denn wenn Tito sich Stalins Einfluss entziehen konnte, warum nicht auch andere? Wenn die Jugoslawen

ihre eigene Wirtschaftspolitik machen konnten, warum nicht auch die Polen und die Tschechen?“ (S. 302) „Titoisten“ wurden die neuen Sündenböcke; wie einst „Trotzkist“ in den 30er-Jahren wurde der Begriff auf jeden angewandt, der Stalins Parteilinie ablehnte oder eliminiert werden sollte. In manchen Ländern führten die Behörden Schauprozesse durch, nach dem Muster des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion 1937/8.

- Die Präsentation des Marshallplans im Juni 1947, dessen Mittel auch den osteuropäischen Staaten angeboten wurden, kam für Stalin völlig überraschend. Der tschechoslowakischen Koalitionsregierung, die das Angebot annehmen wollte, wurde die Teilnahme an der Pariser Konferenz untersagt. Stalins Reaktion auf den Marshallplan war die Gründung des „Kommunistischen Informationsbüros“ („Kominform“) im September 1947, der alle osteuropäischen kommunistischen Parteien beizutreten hatten. Abweichende nationale Politiken in Osteuropa sollten durch diese Organisation bereits im Ansatz unterbunden werden. 1949 wurde der „Rat für gemeinsame Wirtschaftshilfe“ (RGW) ins Leben gerufen. Der „Ostblock“ nahm Schritt für Schritt institutionelle Gestalt an. (1955 folgte ein militärischer Beistandsvertrag, der sog. „Warschauer Pakt“.)
- Die ganze Macht des Polizeistaats richtete sich gegen die tatsächlichen oder angeblichen Regimefeinde in den Kirchen.
- Alle noch existierenden unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft wurden verboten oder gleichgeschaltet. Propaganda, selektive

Anreize und Druck, den neuen Massenorganisationen des Staates bzw. der Partei beizutreten, wurden verstärkt. Massenveranstaltungen, Personenkult, gelenkte Demonstrationen, Vorträge an Schulen und in Betrieben, Dauerberieselung via Rundfunk in den Straßen dienten der Verbreitung kommunistischer Propaganda, der Indoktrination mit dem Marxismus-Leninismus, so wie ihn Stalin auslegte.

- Medien, Intellektuelle, Künstler und das Bildungswesen generell unterlagen wesentlich schärferen Kontrollen. Gemäß den Methoden von Makarenko sollten mittels kollektivem Leben und Arbeiten, Gruppenzwang, Wiederholung und Indoktrinierung Kinder und Jugendliche zu „neuen Menschen“ erzogen werden.

Auch in der Sowjetunion war die Unzufriedenheit groß, selbst unter überzeugten Kommunisten. Stalin wusste das, und seine Paranoia wuchs. Um die allgemeine Unzufriedenheit zu ersticken, ordnete Stalin 1948/9 eine neue Verhaftungswelle an, die in ihrem Ausmaß mit dem „Großen Terror“ 1937/8 vergleichbar war. Die Zahl der Insassen der Lager des Gulag erreichte zwischen 1950 und 1952 ihren Höhepunkt. Aus den baltischen Republiken bspw. wurden 1949 Angehörige der ehemaligen bürgerlichen Eliten zu Zehntausenden nach Sibirien deportiert. Stalins Paranoia verstärkte jene der kommunistischen Führer in Osteuropa, und umgekehrt.

Die Frage liegt nahe, warum es in den osteuropäischen Ländern nicht eine stärkere offene Opposition gab gegen die Ausschaltung der nicht kommunistischen Parteien und die unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft sowie allgemein gegen den

Versuch, eine totalitäre Herrschaft zu errichten. Selbstverständlich gibt es darauf nicht die *eine* Antwort, vielmehr ist eine Vielfalt von Gründen zu nennen. Applebaum führt auf der einen Seite die Erschöpfung der Menschen nach Weltwirtschaftskrise, Krieg und Besatzung an, die allgegenwärtige, auch subtile Formen annehmende Einschüchterung und den Terror durch das immer dichter gewordene Informantennetzwerk der Geheimpolizei, Verhaftungswellen und ethnische Säuberungen, die Propaganda in allen Lebensbereichen, der nicht zu entgehen war. Nach der Eliminierung der Oppositionsparteien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen waren die Einzelpersonen, die das System ablehnten, weitgehend isoliert. Auf der anderen Seite erweckte der Wiederaufbau Hoffnungen auf ein besseres Leben, und die kommunistischen bzw. staatlichen Organisationen boten Chancen raschen sozialen Aufstiegs, sowohl für Überzeugte als auch für Angepasste. Stille Neutralität war in den hochstalinistischen Systemen fast unmöglich. Um ein einigermaßen normales Leben führen zu können, ergab sich die große Mehrheit der OsteuropäerInnen dem „permanenten, umfassenden, alltäglichen psychologischen und wirtschaftlichen Druck“ (S. 448) und machte in einigen oder vielen Bereichen mit, wurde zu „widerwilligen Kollaborateuren“, wie Applebaum das treffend nennt.

Die dritte Phase (1953-1956) wird von der Autorin nur kurz behandelt. Im 18. Kapitel („Revolutionen“) skizziert sie die Ursachen, Abläufe und Folgen der großen Aufstände gegen die kommunistischen Regime in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956 sowie die folgenden KP-internen Auseinan-

dersetzungen zwischen Reformern und Altstalinisten.

Die DDR nahm in den 50er-Jahren im Ostblock eine Sonderstellung (auch) insofern ein, als ihren BürgerInnen noch die Möglichkeit offenstand, über Westberlin das Land zu verlassen. Erst mit der Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 ging auch dort der Eiserne Vorhang ganz herunter. Die BürgerInnen der anderen Ostblockländer besaßen hingegen weder eine *voice*- noch eine *exit*-Option (außer sie waren bereit, das Leben aufs Spiel zu setzen).

Im Epilog resümiert die Verfasserin, dass selbst in der Phase des Hochstalinismus in keinem der osteuropäischen Länder die angestrebte totale Herrschaft verwirklicht werden konnte. Aber die menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten dieser Gesellschaftsexperimente waren enorm: Der Stalinismus kostete auch in Osteuropa außerhalb der Sowjetunion unzähligen Menschen das Leben und zerstörte die Leben von zahllosen Terroropfern und deren Angehörigen. Institutionen, welche Generationen nach und nach aufgebaut hatten, wurden binnen weniger Jahre vernichtet oder stark beschädigt. „Die erfolgreichen postkommunistischen Staaten sind jene, in denen sich Elemente der Zivilgesellschaft durch die kommunistische Zeit hindurch erhalten konnten“ (S. 532).

Die besondere Stärke des Buches liegt im vergleichenden Ansatz, wodurch die Gemeinsamkeiten der nationalen Politiken deutlicher hervortreten, aber auch die jeweiligen nationalen Spezifika. Applebaum konnte bislang nicht zugängliche Archivbestände nutzen und auf neue oder relativ neue Quellensammlungen zurückgreifen. Sie sprach in Ostdeutschland, Polen

und Ungarn mit zahlreichen Augenzeugen und befragte sie. Durch die Einfügung dieser prägnanten Aussagen in die Schilderung der Geschehnisse ist ein überaus lebendiger, plastischer Text entstanden. Applebaum ist eine brillante Autorin, das Buch ist alles andere als trockene Lektüre, sondern immer auch für die Nicht-SpezialistInnen interessant zu lesen, phasenweise sogar äußerst spannend.

Am ausführlichsten wird die Nachkriegsgeschichte Polens behandelt, was durch den Lebenslauf der Autorin und ihre Sprachkenntnisse (Polnisch und Russisch) leicht erklärlich ist. Selbstverständlich war Applebaum gezwungen, aus Platzgründen selbst in der Darstellung der Geschichte der drei ausgewählten Staaten Schwerpunkte zu setzen und sich mit den Entwicklungen in den drei anderen Ostblockländern nur kurz und sehr selektiv zu befassen.¹

Vor 25 Jahren fiel der Eiserne Vorhang. Während die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte in den osteuropäischen Ländern überwiegend große Fortschritte gemacht hat, haben in Russland die positiven Ansätze, ein of-

fizielles Geschichtsbild zu zeichnen, das mit der Quellenlage einigermaßen übereinstimmt, aus der Zeit von Gorbatschow und Jelzin nicht lange gewährt. Heute, unter dem zunehmend autoritären Regime von Putin, wird kritischen HistorikerInnen und Organisationen wie „Memorial“ erneut die Arbeit erschwert, und in den Schulbüchern wird der staatliche Terror in der Spätphase von Stalins Herrschaft in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten heruntergespielt oder verschwiegen. Aus Umfragen in Russland geht Stalin als bedeutendster Staatsmann der russischen Geschichte hervor. Unter diesen Aspekten ist Applebaums Studie also gerade in ganz Osteuropa – auch außerhalb Polens – weite Verbreitung zu wünschen.

Martin Mailberg

Anmerkung

- ¹ Spezialisten für die Geschichte der DDR haben der Autorin einige Detailfehler nachgewiesen. Fehler in den Quellen und Irrtümer der Gewährsleute sind bei einer so breiten Thematik nicht immer aus eigenem Wissen zu erkennen.